

Hartmut Rencker  
Fontanestr. 82  
55127 Mainz  
Tel.: 06131-72801  
Mail: hartmut@rencker.de  
Internet: www.rencker.de  
www.lerchenberg-info.de

per Selbstzustellung

Frau  
Ministerpräsidentin Malu Dreyer  
Staatskanzlei

**Mainz**

Mainz, 24.04.2024

**Polizei- und Justizskandal  
Eingaben vom 19.2. und 8.3.2021**

Guten Tag Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

die öffentlich kritisierte Unterwürfigkeit von Ltd. Staatsanwalt Mannweiler unter das Staatsprimat nehme ich zum Anlass, mich erneut an Sie zu wenden. Was sich Mannweiler seit Jahr und Tag leistet, lässt sich nur durch Weisungsdruck oder voreilende Demut erklären. Mannweiler beschädigt den Rechtsstaat, wie ein Vorsitzender Richter und ein Leitender Polizeidirektor beklagen.

So hat Mannweiler in dem Ihnen bekannten Polizei- und Justizskandal sich wiederholte Rechtsbeugung erlaubt. Ausgerechnet mir, als für meine investigative Ermittlungsfähigkeit und Eloquenz bekannten Kommunalpolitiker, hat M verbale, grammatikalische und gedankliche Ungeordnetheit vorgeworfen, um mit diesem formalen Trick ein Klageerzwingungsverfahren abwenden zu können, das ich wegen von der Polizeileitung vorgegebener und vor Gericht wiederholter uneidlicher Falschaussagen übergriffiger Jungpolizisten angestrengt habe. Der Schutz von jungen, infantilen Strolchen mag noch hinnehmbar sein, aber nicht unter lebenszerstörender Verfolgung eines Bauernopfers. Aber da bin ich kein Einzelfall.

Schon im Vorfeld haben Gen-StaA Mannweiler und der zum Richter geadelte StaA Broszukat die gestörte Wahrnehmung und Wahrhaftigkeit übergriffiger Jungpolizisten zum Irren verbogen, wenn gleich zwei in die Bredouille geratene Jungpolizisten das Überqueren einer Straße als Fahrt über 200 m gesehen haben wollen. Das Irren sei erst nach meinem Vorhalt durch Nachmessen erkannt worden, ebenso ein angebliches Nachjagen über diese Strecke mit Blaulicht. Man kann also Blaulichteinsatz durch Nachmessen verifizieren.

Wie Sie durch meine stets unbeantwortet gebliebenen Vorlagen wissen, wurden vier gegen mich angezettelte Verfahren von dem aus dem Polizeidienst hervorgegangenen und als Polizistenbeschützer eingesetzten Richter Stöcklein nach 10 Jahren unter meinem Argumentationsdruck eingestellt. Den mir über diese Zeit zugefügten emotionalen und materiellen Schaden habe ich an Neu-Minister Ebling herangetragen mit der Bitte, der systematischen Zeugenbeeinflussung und Strafvereitelung im Amt durch die Polizeileitung nachzugehen und mich als Staatsopfer zu entschädigen. Ebling, dem ich bestens bekannt bin, hat mir gegenüber mündlich abgelehnt, sich mit dem Skandal zu befassen. Auch das ist nicht nur Versagen sondern eine systemkonforme Straftat, wie wir sie in anderen Ländern gerne beanstanden.

Ich darf Sie eingedenk der gewohnheitsmäßigen Manipulationen eines durch und durch verwahrlosten Systems von Polizei über Fachministerien, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft bis zur demütigen Justiz bitten, auf die Wiederherstellung rechtstaatlicher Normen hinzuwirken. Die von Ihnen bisher bequem bemühte Unabhängigkeit der Justiz findet ihre Grenzen in Willkür und Selbstherrlichkeit. Der Gipfel waren zwei disziplinarische Hausdurchsuchungen mit Beschlagnahmung meines Beweismaterials und zuletzt meine Inhaftierung, nur weil ich zu meiner Verteidigung uneidliche Falschausagen als solche benannt habe. Auch wenn es schwierig ist, gegen die Unfehlbarkeit der Justiz formal anzugehen, sind disziplinarische Maßnahmen unumgänglich. Das gilt auch für das serielle Versagen diverser Innen- und Justizminister, vor allen Mertin, der zum Amstantritt seine bräsigen Vorgänger getadelt hat, selbst aber keinen Hauch besser ist. Zu denken gibt auch, dass meine bei Google an exponierter Position gelistete, stark beachtete Dokumentation im Internet hingenommen wird.

Anbei meine unbeantwortet gebliebene Eingabe an Sie vom 8.3.2021 sowie diverse Eingaben an Minister Ebling mit der Bitte, eine sachgerechte Bearbeitung durchzusetzen.

Das mir angetane Unrecht werde ich nie überwinden.

Ich verbleibe mit „Gott schütze Rheinland-Pfalz“

(Hartmut Rencker)

Anlagen.

Eingabe vom 8.3.2021

Anschreiben Ebling vom 14.12.2022 und 22.2.2023

per Selbstzustellung

Frau  
Ministerpräsidentin Malu Dreyer  
Staatskanzlei

**Mainz**

Mainz, 08.03.2021

**Polizei- und Justizskandal  
Eingabe vom 19.2.2021**

Sehr geehrte Frau Dreyer,

seit Ihrer Zeit als Sozialministerin wende ich mich mit unbequemen Sachverhalten hilfesuchend an Sie. Fast immer haben Sie alles beschwiegen, bestenfalls delegiert. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die nach wie vor gesetzgeberisch ungelöste Problematik des Schonvermögens bei Hartz IV. In jahrelangem Streit konnte ich mich endlich in Dritter Instanz durchsetzen. Dem Opfer hat es nicht mehr viel geholfen. Noch schlimmer ist, dass im Gesetz immer noch das Gegenteil der Begründung steht. Hier würde ein Normenkontrollverfahren helfen.

Auch in dem sattsam bekannten und von mir veröffentlichten Skandal um die Vertuschung eines polizeilichen Übergriffs mit mir als Bauernopfer kommt nichts vom Fleck. Oft habe ich erfolglos um ein Gespräch nachgesucht. Nunmehr hat mir das Bürgerbüro großes Verständnis entgegen gebracht, ich solle doch auf einer sachgerechten Beantwortung der Ihnen vorgelegten Schreiben bestehen. Natürlich wurde auch die Unabhängigkeit der Justiz bemüht, die bekanntlich nur auf dem Papier steht. Dieser hilflosen Belehrung hätte es nicht bedurft. Was soll ich denn tun, wenn der involvierte Polizeipräsident Semmelrogge, die Minister Lewentz und Mertin sowie die Leitende Oberstaatsanwältin Keller sich beharrlich ausschweigen? Soll ich mich über alle Instanzen gegen die Staatsmacht durchklagen? Gegen die Polizei habe ich mich bereits zweimal vor dem Verwaltungsgericht durchgesetzt und bin so in den Besitz der mir verweigerten Unterlagen gekommen, die letztlich zur Einstellung von vier gegen mich angezettelten Verfahren geführt haben.

Der Fall ist mit juristischen Mittel nicht mehr verträglich zu lösen. Es geht um Staatskriminalität:

- Polizeilicher Übergriff durch Jungpolizisten z.A.
- Abwehr-Gegenanzeige
- Zeugenbeeinflussung durch Polizeileitung
- Eingestandene innerdienstliche Falscherklärungen
- Uneidliche Falschaussagen in zwei Verfahren
- Aufklärungsverhinderung
- Beweisunterdrückung
- Beweisklitterung
- Ausgrenzung von Zeugen und Sachverständigen
- Hausdurchsuchungen wegen des Verdachts, die Wahrheit könne eine Ehrverletzung sein
- Der krachend gescheiterte Versuch meiner faktischen Entmündigung
- Meine brutale Inhaftierung

Mit meinen schweren Vorwürfen stehe ich in Einklang mit der massiven Kritik eines unabhängigen Vorsitzenden Richters i.R und eines Ltd. Polizeidirektors i.R. Deren harsche Kritik liegt Ihnen vor.

Ganz einfach wäre eine von mir seit vielen Jahren als Ceterum censeo vorgeschlagene Lösungsmöglichkeit, die Täter und Vertuscher verschont und mich rehabilitiert. Das Landgericht ist unter meinem Beweisdruck mir gefolgt und an die Staatsanwaltschaft herangetreten, die primären und noch im Raume stehenden uneidlichen Falschaussagen, ich als Mainzer Hausgeburt mit Luftschuttkeller- und Strohsackerfahrung hätte die infantilen kleinen Strolche, die mich zum halben Preis ohne Quittung abzocken wollten, mit den für einen idiomfesten Meenzer unmöglichen Bezeichnungen „Faschingspolizisten“ bzw. „Karnevalspolizisten“ entwürdigt, zum Verständnisirrtum umzudeuten. Selbst wenn ich diese wunderlichen Zungenbrecher gebraucht hätte, wären das in Mainz Schmusewörter, wie Sie als gebürtige Pfälzerin sicherlich wissen. Hierzu übersende ich (nochmals) meinen Schriftsatz an das Landgericht, die Aufforderung des Landgerichts an die Staatsanwaltschaft, die Falschaussagen zum Verständnisirrtum zu erklären sowie erfolglose Erinnerungen an die sich beharrlich ausschweigende Staatsanwaltschaft.

Auch wenn nach 11 Jahren arbeitsintensiver und für mich lebenszerstörender Hexenjagd alle noch schwebenden Verfahren endlich eingestellt wurden, ist der Skandal nicht aus der Welt. Ich bin materiell schwer geschädigt, als Öffentliche Person in Misskredit geraten und leide an einem posttraumatischen Psychosyndrom, das mich für den Rest meines Lebens bedrücken wird. Seit über einem Jahr läuft ein Staatshaftungsverfahren, aber auch da kommt nichts vom Fleck. Man setzt wohl auf die biologische Endlösung.

Gerade Sie als ehemalige Staatsanwältin wissen, dass es von der sakrosankten Polizei über die politische Administration, die weisungsgebundene Staatsanwaltschaft bis zur willfährigen Justiz Seilschaften gibt, die eines Rechtsstaates unwürdig sind. Ich erwarte von Ihnen nicht mehr, als dass Sie mich unterstützen und durchsetzen, dass die Ihnen vorgelegten Schreiben endlich sachgerecht behandelt werden. Die völlige Blockade und die Hinnahme meiner veröffentlichten schweren Vorwürfe zeigt, wie viel Dreck man am Stecken hat. Es geht zu wie in der Türkei und der DDR. Vor allem die Staatsanwaltschaft hat durch ihre Manipulationen nicht nur der Justiz sondern noch mehr der Polizei und dem Rechtsstaat schweren und dauerhaften Schaden zugefügt.

Die jungen Polizisten sind Opfer ihrer eigenen Dummheit, aber was sich Staatsanwältin Hook, Staatsanwalt Broszukat, Staatsanwalt Steinhard, Generalstaatsanwalt Mannweiler, und vor allem der aus dem Polizeidienst hervorgegangene Richter Stöcklein geleistet haben, ist Rechtsbeugung und Strafreitelung im Amt. Hierzu als Anlage die vernichtende Analyse eines Richters über seinen Berufsstand.

Auch wenn Sie mit dem Corona-Chaos und dem Wahlkampf überlastet sind, erwarte ich, dass Sie von Ihrem Weisungsrecht Gebrauch machen und die Beteiligten in die Pflicht nehmen.

Gesunde Grüße

(Hartmut Rencker)

Anlagen:

Justizschelte Richter Fahsel

Schriftsatz vom 25.12.2017 an LG

Schriftsatz vom 29.04.2018 an LG

Aufforderung des LG vom 03.05.2018 an StaA

Schriftsatz vom 22.01.2019 an LG

Eingaben und Erinnerungen an StaA

Hartmut Rencker  
Fontanestr. 82  
55127 Mainz  
Tel.: 06131-72801  
Mail: hartmut@rencker.de  
Internet: www.lerchenberg-info.de

per Briefpost

Innenministerium  
Herrn Minister Ebling  
-persönlich-  
Schillerplatz

55116 Mainz

Mainz, 14.12.2022

**Zeichen 1825/342 18200:34 BP**  
**Meenzer Fasching, Meenzer Karneval - eine gemeinschaftliche Erfindung von Polizei,**  
**Staatsanwaltschaft und Strafjustiz**

Sehr geehrter Herr Minister Ebling,

meine langjährigen pragmatisch-konstruktiven und nicht immer bequemen Kontakte mit der Stadt und auch mit Ihnen als Oberbürgermeister greife ich auf und wende mich wegen skandalöser Vorgänge in der Polizei ebenso vertrauensvoll wie hilfesuchend an Sie.

Sie haben ein schwieriges Amt in schwieriger Zeit übernommen. Die Landesregierung mitsamt allen Organen von Polizei bis Justiz sind in einer gewohnheitsmäßigen Selbstherrlichkeit in Gestalt von Schlendrian, Aussitzen, Ausweichen bis hin zu Rechtsbrüchen verstrickt und das nicht nur beim Ahrtal. Es wird für Sie eine Riesearbeit, den Augiasstall auszumisten. Dazu wünsche ich Ihnen Kraft, Zähigkeit und Geduld.

Die Betreffzeile wird Sie verwundern, aber solche Kuriositäten werden erfunden, wenn man einen polizeilichen Übergriff meldet. Und wenn man sich verteidigt und uneidliche Falschaussagen von in Bedrängnis gekommenen Jungpolizisten z.A. nachweist, wird man wegen mangelnder Demut vor der Staatswillkür mit disziplinarischen Hausdurchsuchungen bis hin zur brutalen Verhaftung drangsaliert. Die Presse hat jahrelang kritisch über das mir angetane Unrecht berichtet, sogar überregional.

Um mich nicht in Details zu verlieren, verweise ich auf meine beigefügte Dienstaufsichtsbeschwerde, die nie sachlich abgearbeitet wurde, weiterhin auf meine viel beachtete Dokumentation unter [www.rencker.de/polizeisatire.htm](http://www.rencker.de/polizeisatire.htm) Dennoch ganz kurz: Wenn Jungpolizisten z.A. in einem nicht zugeteilten roten Kleinwagen einen Verkehrsteilnehmer grundlos dicht verfolgen, keine Anhaltekele haben und erst nach Ausbremsen durch den Bedrängten anhalten, dann in rechthaberischem Sendungsbewusstsein auftreten, einen nicht begangenen Einbahnverstoß behaupten und anbieten, sich zum halben Preis in bar freizukaufen ohne quittierfähig zu sein, und man diesen mysteriösen Vorgang der Polizei als Auffälligkeit meldet, kann man in lebenszerstörende Schwierigkeiten kommen, wie wir es in der DDR, Putins oder Erdogans Reich empört kritisieren. Viel schlimmer als der Bubenstreich unreifer Jungpolizisten, die einen alten Mann im alten Auto abzocken wollten, ist dessen Vertuschung durch Polizeileitung und Justiz. Große Schuld hat Polizeidirektor i.R. Dieter Frank auf sich geladen, unter dessen Verantwortung den am Vorfall Beteiligten nachträglich Ablenkmärchen zur Unterschrift vorgelegt wurden, um so einem Disziplinarverfahren und einer möglichen Dienstentlassung zu entgehen und das unter billiger Inkaufnahme meiner Verfolgung als Polizei- und Justizopfer. Was hier verbrochen wurde, ist Zeugenbeeinflussung in Verbindung mit Strafvereitelung im Amt. Und diese Fehlleistung wird auch von Ltd. Polizeidirektor Semmelrogge gedeckt.

Die endverantwortlichen Innenminister Bruch und Lewentz haben meine Vorwürfe schweigend hingenommen ohne zu handeln. Erst durch Klagen vor dem Verwaltungsgericht bin ich in den Besitz mir vorenthaltenen Belastungsmaterials gekommen. Eine Aufklärung ist erschwert, weil der mit der Vertuschung beauftragt gewesene Justiziar Jörg Gohr nach einer Spirale von entwürdigenden Versetzungen krank geworden ist und zuletzt Suizid begangen hat. Das hat den Ruch eines Kollateralschadens.

Der Vorfall gliedert sich auf in den Abzockversuch mit dem Gegenvorwurf, ich als Meenzer Hausgeburt hätte die infantilen jungen Leute mit den für eine Mainzer Zunge unaussprechlichen Worten Faschingspolizisten bzw. Karnevalspolizisten entwürdigt. Ich hätte ebenso wie Sie von Aabeemick bis Zwerndoppisch passendere Bezeichnungen gewusst. Dazu kommt noch ein ebenfalls erfundener Gurtpflichtverstoß, der sich erst nach dem Abzockversuch zugetragen haben soll. Man sei mir mit zwei Fahrzeugen unter Einsatz von Blaulicht 200 m nachgejagt, um mich zu stellen. Dieser intern fremdformulierte Unsinn wurde dann vor Gericht wiederholt, musste aber nach einem halben Jahr unter meinem Beweisdruck zurückgenommen werden. Die Justiz wertet die Rücknahme uneidlicher Falschaussagen kurz vor einem angesetzt gewesenen Ortstermin als Irrtum, weil die Polizisten erst durch Nachmessen erkannt haben wollen, dass es keinen Blaulichteinsatz und auch keine gurtpflichtige Fahrstrecke gab. Tatsächlich habe ich innerhalb einer verkehrsberuhigten Zone nur wenige Meter rangiert. Beim Rangieren gibt es keine Gurtpflicht.

Neben der Polizeileitung haben Ihre Amtsvorgänger Bruch und Lewentz durch Untätigkeit Schuld auf sich geladen. Nach mehr als 10 Jahren lebenszerstörender Verfolgung durch das Staatssyndikat mit zwei Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmung meiner Technik mitsamt Beweismitteln, pressekundiger Bedrohung, man werde mich fertig machen, wenn ich nicht endlich aufgabe, Unterschlagung vorgelegter Beweismittel mit der Konstruktion, ich sei sprachlich, grammatikalisch und gedanklich zu keinem geordneten Vorbringen fähig, dem krachend gescheiterten Versuch meiner faktischen Entmündigung und zuletzt meiner brutalen Inhaftierung, wurden schließlich vier gegen mich angezettelte Verfahren von dem aus dem Polizeidienst hervorgegangenen und für seine Polizeifreundlichkeit bekannten Richter Thomas Stöcklein eingestellt. Damit ist die Sache nicht aus der Welt, vielmehr bleibt ein Trümmerhaufen aufzuräumen.

In einem seit Jahren nicht vom Fleck kommenden Wiederaufnahmeverfahren wegen meiner ersten Verurteilung besteht eine idiomferne Justiz darauf, dass Polizisten, auch wenn diese sich einer Serie von dienst- und strafrechtlichen Verfehlungen schuldig gemacht haben, bei der Erfindung des Meenzer Faschings / Karnevals irrtumsfrei seien. Von mir vorgelegte Expertisen von angesehenen Idiomkennern, darunter Fassenachter Herbert Bonewitz (+), Sprachforscher Dr. von Roesgen (+), Juwelier Willenberg, Richter und Idiomkenner Prof. Hans-Jörg Koch, Geschäftsmann Friedrich Demmler (Kinderladen), Richter i.R. Rolf Lennartz, werden alle als nicht beweisend abgeschmettert. Alleine idiomferne Jungpolizisten sind von unfehlbarer Wahrhaftigkeit. Der Grundsatz in dubio pro reo wurde zu meinem Nachteil missachtet.

**Um die in ihren Fehlleistungen gefangene Staatsanwaltschaft / Strafjustiz zur Aufhebung ihrer dem Staatsprimat dienenden Zweckentscheidungen bewegen zu können, setze ich auf Sie als aktiver Meenzer Fassenachter von „Mumbacher“ Geblüt, dass Sie dezidiert klarstellen, dass es in Mainz nur Fastnacht / Fassenacht gibt im Gegensatz zum rheinischen Karneval und dem Münchener Fasching und dass es absurd ist, einem Altmainzer mit Luftschutzkeller- und Strohsackerfahrung solche Zungenbrecher wie Fasching und Karneval anzuhängen, um von gruppenspezifischen Falschaussagen übergriffiger, idiomferner Jungpolizisten abzulenken.**

Nützlich wäre auch, wenn Sie die Polizeileitung auffordern würden, meiner vom Landgericht aufgegriffenen Anregung nachzukommen, die koordinierten Falschbeschuldigungen zum Verständnisirrtum umzudeuten, zumal in dem primären Einsatzbericht keinerlei Beanstandungen vermerkt sind. Wie leicht und wirkungsvoll vom Instrument des Irrtums Gebrauch gemacht werden kann, zeigt der politisch gewollte Freispruch des Finanzjongleurs Urs Barandun, der im Nürburgringdesaster das Land um ein Haar mit 90 Millionen Euro über den Tisch gezogen hätte. Erst nach meiner DAB ist es zu der kuriosen Abwehrbeschuldigung von zunächst nur einem einzigen der vier Beteiligten gekommen, der damit geradezu kokettiert hat, ob das mit den Karnevalspolizisten Spaß oder Ernst sei. Erst vor Gericht wähten sich dann gleich drei der Beteiligten, in ihrer Würde verletzt worden zu sein. Warum wohl? Der Korpsgeist lässt grüßen. Eine dienst- und strafrechtliche Aufarbeitung ist zu prüfen.

Mir ist neben emotionalem und gesundheitlichem Schaden sowie Ansehensbeschädigung ein materieller Schaden von ca. 15.000 Euro durch Verfahrenskosten, Strafen und Anwaltskosten entstanden. Juristisch ist dem Desaster ohne Kollateralschäden nicht mehr beizukommen. Ich bestehe auf materieller Entschädigung als Polizei- und Justizopfer. Ich erinnere an die Fälle Mollath und Harry Wörz.

Gerne suche ich Sie in Ihrem Büro auf, um gemeinsam verträgliche Lösungswege zu suchen. Meine inhaltlich unangreifbare Dokumentation unter: [www.rencker.de/polizeisatire.htm](http://www.rencker.de/polizeisatire.htm) ist der Justiz und den tangierten Ministerien ein Dorn im Fleisch. Selbst Ministerpräsidentin Dreyer ist not amused, wie hier der Rechtsstaat beschädigt wurde, zieht sich aber hinter die Unabhängigkeit der Justiz zurück.

Ich verbleibe mit gesunden Grüßen (ohne Helau)  
Ihr

(Hartmut Rencker)

Anlagen:

primäre DAB  
Auflistung der seriellen Falschausagen  
Staatsanwältin Hook idiomfern  
Demmler gegen Hook  
Ltd. Polizeidirektor Neuber  
Vors.Richter i.R. Dr. Borchert  
Straßenbahn  
Verletzungen

Hartmut Rencker  
Fontanestr. 82  
55127 Mainz  
Tel.: 06131-72801  
Mail: hartmut@rencker.de  
Internet: www.lerchenberg-info.de

per Briefpost

Innenministerium  
Herrn Minister Ebling  
-persönlich-  
Schillerplatz

55116 Mainz

Mainz, 22.02.2023

**Zeichen 1825/342 18200:34 BP**

**Meenzer Fasching, Meenzer Karneval - eine gemeinschaftliche Erfindung von  
Polizei, Staatsanwaltschaft und Strafjustiz**

Sehr geehrter Herr Minister Ebling,

auf meine nochmals beigefügte massive Beschwerde über von Ihren Amtsvorgängern gedeckte Gewohnheitskriminalität in den Polizeistrukturen haben Sie noch nicht reagiert. **Ihr Schweigen sehe ich als Hinnahme meiner Vorwürfe.** Denn wenn ich nicht recht hätte, müssten Sie mich wegen Verleumdung verfolgen lassen. Natürlich weiß ich, dass Sie sich nicht um alles persönlich kümmern können, aber delegieren kann in dieser brisanten Sache kein Mittel sein. Denn welcher Mitarbeiter wird es wagen, schwerwiegendes Fehlverhalten in den Strukturen des Machtsystems aufzuhellen?

Den alles auslösenden Strolchenstreich infantiler Jungpolizisten, einen alten Mann für einen erfundenen Einbahnverstoß zum halben Preis ohne Quittung abzocken zu wollen, hätte man ohne disziplinarische Entlassung der infantilen Jungspunde z.A. mit „Ohren langziehen“ begraben können und sollen. Das war das Ziel meiner primären Dienstaufsichtsbeschwerde. Erst die Abgabe an die polizeiergebene und unter Weisungsdruck stehende Staatsanwaltschaft hat einen von der Presse genüsslich begleiteten Skandal heraufbeschworen, der nicht nur den Rechtsstaat beschädigt sondern auch die Polizei in Misskredit gebracht hat.

Mein Problem ist gar nicht so sehr die Polizei sondern die staatstreue Justiz, die demütig auf der amtlichen Unlügbarkeit von Polizisten beharrt, egal was diese anstellen oder zusammenlügen. So wurde ich mehrfach verurteilt, nur weil ich als Meenzer Hausgeburt mit Luftschutzkellererfahrung bestreite, die übergriffigen jungen Leute mit den für eine Mainzer Zunge unaussprechlichen Worten Faschings- und Karnevalspolizisten bedacht zu haben. Und wenn ich die tollpatschigen jungen Leute Fassenachter bezeichnet hätte, wäre das ein Schmusewort.

Wie schon erwähnt, habe ich sachkundige, idiomfeste, kompetente Unterstützer, deren Expertise die Justiz nicht akzeptiert. Das sind:

- Fassenachter Herbert Bonewitz (+)
- Sprachforscher Dr. von Roesgen (+)
- Juwelier Willenberg
- Richter i.R. und Idiomkenner Prof. Hans-Jörg Koch
- Geschäftsmann Friedrich Demmler (Kinderladen)
- Richter i.R. Rolf Lennartz
- Die Justizkomiteeter
- Straßenbahnbeschriftung

Gerne lege ich Ihnen die harsche Kritik reputierter Persönlichkeiten an Polizei und Staatsanwaltschaft vor.

Wie schon in meiner primären Eingabe ausgeführt, wäre es ein Hebel zur pragmatischen Heilung des mir angetanen Unrechts, wenn auch Sie als bekennender Fassenachter die umgangssprachliche Nichtverwendung von Meenzer Fasching und Meenzer Karneval bestätigen würden. Wenn ich die jungen Leute hätte lächerlich machen wollen, hätte ich aus einem ein Vokabular von Aabeemick bis Zwerndoppisch schöpfen können.

Dass es sich bei dem Entwürdigungsvorwurf um eine misslungene Abwehrrfindung handelt, beweist der Einsatzbogen, wonach es zu keinen Vorkommnissen gekommen ist. Erst nach meiner DAB wurde der Stuss von Fasching und Karneval erfunden und von einem einzigen der Beteiligten in einem nach Diktion, Formatierung und der Verwendung von Textbausteinen erkennbar fremdformulierten Vermerk abgezeichnet. Von den drei weiteren Beteiligten gibt es weder einen primären noch einen nachträglichen Kränkungsverwurf. Erst vor Gericht war man sich einig. Das fällt unter gruppendynamischen Korpsgeist.

Auch die grundsätzliche Glaubwürdigkeit der Notlügner ist schon deshalb ausgehebelt, weil der zum Kollegenbeschützer ins Zentrum geratene Jan Mathy in einem weiteren Fall um einen erfundenen Gurtpflichtverstoß eingestehen musste, eine innerdienstlich fremdformulierte Falscherklärung vor Gericht wiederholt zu haben. Was hätte er auch sonst tun sollen? Erst als es brenzlich wurde, nahm er nach einem halben Jahr die uneidliche Falscherklärung telefonisch zurück.

Gerne suche ich Sie in Ihrem Büro auf, um gemeinsam verträgliche Lösungswege zu suchen. Meine inhaltlich unangreifbare Dokumentation unter:

[www.rencker.de/polizeisatire.htm](http://www.rencker.de/polizeisatire.htm)

ist der Justiz und den tangierten Ministerien ein Dorn im Fleisch. Selbst Ministerpräsidentin Dreyer ist not amused, wie hier der Rechtsstaat beschädigt wurde, zieht sich aber bequem hinter die Unabhängigkeit der Justiz zurück.

Ich verbleibe nach gerichtlicher Erkenntnis mit  
mit einem dreifach donnernden **Meenz-Alaaaf**

Ihr



(Hartmut Rencker)

Anlagen:

- unbeantwortete Eingabe
- primärer Einsatzbericht ohne Anschuldigung
- vom Beteiligten Mathy abgezeichnete Karnevalsposse
- Strafbefehl
- kritischer Bericht in der MRZ
- kritische Berichte in der AZ